

Dr. Martina Weyrauch

13. Februar 2025 10:15 Uhr - 11:30 Uhr

Einander zuhören. Herausforderungen politischer Bildung in Brandenburg

Der 15. Januar 2025, Zäsur in der politischen Bildung

Der 15. Januar 2025 wird als eine Zäsur der staatlich finanzierten politischen Bildung der Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eingehen. Mit der Drucksache 8/5020 stellte die Landtagsfraktion der vom Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt als erwiesen rechtsextremistisch eingestuften AfD einen Antrag: Er zielte auf die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung in Magdeburg. Unter der Überschrift: „Schluss mit politischer Bevormundung und Indoktrination! Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung!“ soll alles freie, plurale, kontroverse, weltoffene Agieren beendet werden. Die Partei schlägt stattdessen die Einrichtung eines "Landesinstituts für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität" vor. Dieses „Institut“ soll die deutsche Brauchtumpflege, Traditionsveranstaltungen sowie die Stärkung der deutschen Sprache, Geschichte und Landeskunde in den Fokus rücken.

Der Antrag stieß auf breite Ablehnung bei den anderen Fraktionen und der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Magdeburg Maik Reichel reagierte prompt mit einer entsprechenden Erklärung.

Diese angestrebte inhaltliche Kehrtwende gab es so noch nie! Aus unterschiedlichen Gründen wurde die Arbeit (wenn auch nicht immer lautstark) der Landeszentralen und der bpb sehr geschätzt. Bei aller Kritik, die in einer offenen, pluralen und kontroversen Gesellschaft an den Inhalten und Strukturen der politischen Bildung geübt werden muss, wollte offiziell bis dorthin keine ernst zu nehmende politische Kraft die grundsätzliche inhaltliche Richtung in Frage stellen.

Für mich ganz persönlich, ist dieser 15. Januar 2025 Anlass, eine kleine Bestandsaufnahme für das Land Brandenburg vorzunehmen. Was ist uns in meinen Augen in der politischen Bildung geglückt? Woran sollten wir festhalten und wo müssen wir neu ansetzen und nachdenken?

Der Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens ist das Ergebnis einer Tagung im Herbst 1976 der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit ihrem Direktor Siegfried Schiele an der Spitze. Alle, die sich politische Bildner nannten, waren so zerstritten und überquer, so unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft, dass sie bei aller Vielfalt darum rangen, was sie einte. Der Konsens legt die Grundsätze für die politische Bildung fest. Was hier im engen Sinne für die politische Bildung in der Schule formuliert wurde, gilt analog für die außerschulische politische Erwachsenenbildung

Überwältigungsverbot

Gemäß dem Überwältigungsverbot (auch: Indoktrinationsverbot) dürfen Lehrkräfte Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen Schüler in die Lage versetzen,

sich mit Hilfe des Unterrichts eine eigene Meinung zu bilden. Dies ist der Zielsetzung der politischen Bildung geschuldet, die Schüler zu mündigen Bürgern heranzubilden.

Kontroversität

Das Gebot der Kontroversität (auch: Gegensätzlichkeit) zielt ebenfalls darauf ab, den Schülern freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Seine (nämlich des Lehrers) eigene Meinung und seine politischen wie theoretischen Standpunkte sind dabei für den Unterricht unerheblich und dürfen nicht zur Überwältigung der Schüler eingesetzt werden. Beim Kontroversitätsgebot handelt es sich allerdings nicht um ein Neutralitätsgebot für die Lehrkraft. Dem Grundgesetz gegenüber ist Neutralität unangemessen; dazu komme ich gleich.

Schülerorientierung/Subjektorientierung

Das Prinzip Schülerorientierung soll den Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und seine eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen sowie „nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.“

Als Ergänzung aus Perspektive einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildung schließt die Frankfurter Erklärung zur Politischen Bildung aus dem Jahr 2015 an den Beutelsbacher Konsens an, ersetzt ihn aber nicht.

Das „angebliche“ Neutralitätsgebot – das große Missverständnis

In Untersuchungen unter Politiklehrkräften und politischen Bildnern zeigt sich, dass diese den Beutelsbacher Konsens vielfach als Neutralitätsgebot missverstehen und fälschlicherweise davon ausgehen, dass der Beutelsbacher Konsens sie zur gleichberechtigten Darstellung extremistischer Positionen im Unterricht verpflichte.

Monika Oberle, Sven Ivens, Johanna Leunig: Grenzenlose Toleranz? Lehrervorstellungen zum Beutelsbacher Konsens und dem Umgang mit Extremismus im Unterricht. In: Laura Möllers, Sabine Manzel (Hrsg.): Populismus und politische Bildung (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Politikdidaktik und Politische Jugend- und Erwachsenenbildung). Wochenschau Verlag, Frankfurt am Main 2018, ISBN 978-3-7344-0680-5, S. 53–61.

Im Land Brandenburg kam nach der friedlichen Revolution und den daraus resultierenden gesellschaftlichen, juristischen und wirtschaftlichen Umwälzungen auch eine massive Verunsicherung der Lehrkräfte hinzu, die sich einerseits scharfer Kritik ausgesetzt sahen, die SED-Diktatur gestützt zu haben, und die andererseits mit hoch verunsicherten Schülern arbeiten mussten (von ihrer eigenen Verunsicherung ganz abgesehen). Durch diese Rahmenbedingungen wurde das Missverständnis „Ich bin neutral, ich sage lieber nichts,“ meinen Erfahrungen nach verstärkt.

Ganz anders ist die Situation in der außerschulischen politischen Bildung. Da hier zahlreiche Maßnahmen politischer Bildung über freie, weltanschaulich klar positionierte Vereine realisiert werden, wird um Positionen gerungen. Hier drückt man sich nicht um klare Stellungnahmen. Der inhaltliche Umgang mit der Kontroverse ist aber auch hier nicht immer einfach.

Das klare Bekenntnis zum Grundgesetz

Als Juristin und Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung habe ich in den zurückliegenden Jahren mehrmals diesem Neutralitätsgemurmel offensiv widersprochen. Wir sind als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und unserer Brandenburger Verfassung sowohl ideengeschichtlich als auch normativ verpflichtet. Es ist nicht zu tolerieren, wenn wir uns aus Bequemlichkeit und Faulheit hinter diesem vorgeblichen Neutralitätspostulat verstecken.

Heute sind die Unsicherheiten der Anfangsjahre gewichen. Wir sind fachlich und menschlich in der Lage, unsere verfassungskonformen Standpunkte zu begründen und zu vertreten. Sicher werden sich aber auch immer wieder neue Irritationen einstellen. Das ist in einer offenen, freien, pluralen Gesellschaft völlig normal. Lassen wir uns davon nicht irritieren, sondern gehen wir diese Unsicherheiten gemeinsam an!

Überparteilichkeit in der politischen Bildung

Wenn von Neutralität die Rede ist, ist nicht selten Überparteilichkeit gemeint. Wir als Landeszentrale beharren entschieden auf eine parteipolitische Unabhängigkeit, die sowohl durch eine Fachaufsicht im MBS als auch durch ein Kuratorium gesichert werden muss. Diesen Umstand hat das Parlament jetzt sogar gesetzlich fixiert. Jeder Zweifel an der Überparteilichkeit macht unsere tägliche Sisyphos-Arbeit komplett obsolet. Seit unserer Gründung vor 34 Jahren kämpfen wir gegen das Misstrauen der Bevölkerung, sie heimlich doch irgendwie indoktrinieren zu wollen. In Wahlzeiten, wie in diesen letzten 1,5 Jahren, konnten wir wieder Geländegewinne verbuchen.

Woran wir dies messen?

Noch nie wurden die Seiten der Landeszentrale unter www.politische-bildung-brandenburg.de

so intensiv besucht, wie in den letzten heftigen Monaten. 40.000 – 60.000 Zugriffe pro Tag sprechen da eine klare Sprache. Dafür auch meinem gesamten Team einen riesigen Dank.

Das Bewusstsein, sich täglich das Vertrauen der Bevölkerung erobern zu müssen, wirkt sich auch auf die interne Arbeitsorganisation aus. Wir haben Respekt vor jeder Mitarbeiterperspektive, wir agieren in flacher Hierarchie, bei der Entwicklung von Konzepten ist jede Meinung gefragt, wir beraten und entscheiden Förderanträge gemeinsam.

Wir wissen, unsere Anliegen und Inhalte müssen einfach verständlich sein. Die Landeszentrale muss online und analog ansprechbar sein.

Die Beratung und Förderung freier Träger der politischen Bildung

Die Rahmenbedingungen, die uns das Parlament gegeben hat (gesetzliche Sicherung der Existenz der Landeszentrale im §5 des Brandenburgisches Erwachsenenbildungsgesetz, die haushalterische Absicherung unserer Arbeit durch den Landeshaushalt, sowie die Projektförderung freier Träger der politischen Bildung), verpflichtet uns zu transparentem, fachlich tadellosem und empathischem Verhalten, allen Akteuren der politischen Bildung gegenüber. Wir agieren auf der Grundlage einer Richtlinie und halten uns an unsere verfahrensmäßigen Zusicherungen (Qualitätskonferenzen).

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
die Netzwerkkonferenzen mit Ihnen sind ein Höhepunkt des Jahres. Jeder Partner, jede Partnerin wird individuell beraten und kann sich so mit anderen Akteuren austauschen.

Was ich zutiefst bedauere, ist die seit einigen Jahren faktische **Nichtexistenz der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg**. Schaut man auf die Webseite: <https://www.lag-brandenburg.de> stammen die letzten Eintragungen aus dem Jahre 2023. So haben wir ein wichtiges Gegenüber beim Erfassen von Problemen im Land verloren und auch eine wichtige Partnerin, um uns mit neuen Anregungen zu konfrontieren.

An diesen, hier aufgeführten Punkten und Aspekten würde ich festhalten. Diese haben sich in den letzten Jahren aus meiner Sicht bewährt. Und ich danke von Herzen allen Akteurinnen und Akteuren, Partnerinnen und Partnern, die dieses Konzept mit Leben erfüllen.

Es ist aber auch dringend darauf hinzuweisen, was ich in der gesellschaftlichen Entwicklung für einen Irrweg halte.

Demokratiefördergesetz des Bundes

Ihre vielfältigen Erwartungen an ein „Demokratiefördergesetz“, das in der letzten Legislatur des Bundes geplant war, brachten Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zahlreich zum Ausdruck. Sie forderten Planungssicherheit, verlässliche Strukturen und eine belastbare Demokratiearchitektur der Bundesrepublik Deutschland.

Auch wir Brandenburgerinnen und Brandenburger brachten uns aktiv ein. In seltener Einmütigkeit standen alle Leiterinnen und Leiter der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung ablehnend gegenüber. Es gab zahlreiche Kritikpunkte. Der für mich entscheidende ist, dass die politische Bildung in den Ländern nicht durch den Bund dominiert werden darf. Die Bemühungen zur Stärkung der Demokratie müssen auf Landes- und auf Bundesebene miteinander verzahnt werden. Das ist bisher nicht gelungen. Vielmehr besteht eine riesige Unwucht zwischen der finanziellen Ausstattung der Länder und des Bundes. Finanziell hat der Bund stärkere Einflussmöglichkeiten, jedoch nicht selten ohne Kenntnis der Verhältnisse vor Ort. Das konterkariert das Anliegen der Demokratieförderung. Wir setzen auf Selbstwirksamkeit und Verantwortung vor Ort.

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt in Brandenburg

Am 03. Oktober 1990 war ich 32 Jahre alt. Am Tage der Vereinigung war ich Gast bei einer deutsch-amerikanischen Konferenz in Buffalo im US-Bundesstaat New York bei Georg und Wilma Iggers. Diese lehrten an der dortigen Universität, nachdem sie als Juden vor den Nationalsozialisten fliehen mussten. Beide Wissenschaftler machten uns Ostdeutschen Mut, Verantwortung zu übernehmen, aktiv zu werden und kreativ zu sein.

Das ist über 34 Jahre her und seither quälten uns als Gesellschaft und mich als Mensch und Christin Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt in Brandenburg. Wir haben in der politischen Bildung sehr unterschiedliche Formate, Inhalte, Herangehensweisen versucht, um uns mit diesen Problemen

auseinanderzusetzen. Um sie massiv anzugehen. Auf unseren Webseiten ist da einiges zu finden.

Das „Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg“, die Mobilen Beratungsteams von demos, der Verfassungsschutz und eine aktive Zivilgesellschaft haben hier im Verbund mit uns einiges geleistet.

Wir müssen täglich lernen, dass die Demokratie immer umkämpft – und in Gefahr war und ist. Es gibt keinen Punkt, an dem wir ausruhen können. Im Gegenteil.

Es gehört zur Wahrheit, dass diese Riesenanstrengungen die Feinde der Demokratie nicht haben kleiner werden lassen. Die „Brandmauer“ und die faktische Ausgrenzung aus dem öffentlichen, repräsentativen Leben haben die destruktiven Kräfte eher stärker gemacht. Wenn wir in die Welt schauen, merken wir, dass dies überall in der Welt gerade der Fall ist. **Wir sind eindeutig in dieser Frage gescheitert.**

Die Ausgrenzung aus den sichtbaren öffentlichen Debatten, die „politisch korrekte“ Verengung des Diskursraumes (oft enger als das Grundgesetz und die Meinungsfreiheit erlauben) haben dazu geführt, dass in den zahlreichen, mit amerikanischen Servern abgesicherten, Social Media Plattformen die Auseinandersetzungen ohne uns stattfinden. Hier und da finden wir Schlupflöcher. Aber um richtig dabei zu sein, müssten wir die gewohnten Wege verlassen; mehr Expertise und finanzielle Mittel erhalten und die Begrenzungen des deutschen und europäischen Datenschutzes sprengen.

Zusätzlich hat das Kommunikationsverhalten unserer Zielgruppen sich brachial geändert. Viele Möglichkeiten des Kommunikativen auf der einen Seite – private Oligarchen die die Plattformen beherrschen auf der anderen Seite. Warum hören Menschen nicht mehr auf die gut begründete, sie auf ihre Interessen verweisende Botschaft, sondern verschlingen die Fake News? Weil destruktive Kräfte das nutzen, weil die Aufmerksamkeit nach den Gesetzen der Werbeindustrie generiert und gesteuert wird. Bernhard Pörksen nennt die Musks und Zuckerbergs in seinem neuen Buch „Zuhören“ *Digitalfürsten*. Sie selbst agieren nach der Skandalisierungslogik abstrakt und emotional mit Konzentration auf Personen, Konfliktinszenierungen, Pöbeleien, harten Angriffen.

Der Verweis auf den Abgrund deutscher Geschichte („Rechts wählen ist so 1933“) ist da leider mehr ein hilfloser Versuch, unsere Ratlosigkeit zu kaschieren.

Politische Bildung, so wird hier wieder deutlich, kann keine gesellschaftliche Feuerwehr sein und kann auch den Frust der Bevölkerung auf schlechtes Regieren nicht mildern. Eher im Gegenteil.

Unsere parlamentarische Demokratie basiert auf der Annahme, dass durch Reden und Zuhören Probleme zur Sprache kommen, verschiedene Perspektiven des Pros und Kontras erwogen werden können und auch gemeinsam nach neuen Wegen und nach Kompromissen gesucht werden kann. Gerade nach den schweren Zeiten der Pandemie müssen wir wieder neu ins Gespräch kommen. Teilweise müssen wir lernen, neu zuzuhören. „Wirkliches Zuhören ist gelebte Demokratie im Kleinen, Anerkennung und Akzeptanz von Verschiedenheit, Suche nach dem Verbindenden, Klärung des Trennenden.“ Sagt Bernhard Pörksen in seinem neuen Buch über die Kunst des Zuhörens.

Deshalb danke ich dem Verein „Mehr Demokratie e.V.“ dass er uns sein Format Reden und Zuhören vorstellt und uns damit anregt, hier und da wieder einen Schritt zurückzugehen und uns neu zu besinnen.

Es gilt das gesprochene Wort!